

Regionaler Newsletter 200804 vom 15. März bis 14. April 2008

15.03.2008 <http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/645695414.html>

Skinheads kleiden sich um

Stuttgart. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Baden-Württemberg ist erstmals seit Jahren gesunken. 2007 gab es mit 1062 über 200 Delikte weniger als im Jahr zuvor. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht hervor, der gestern in Stuttgart veröffentlicht wurde. Die rechtsextremistischen Gewalttaten sind ebenfalls zurückgegangen - von 99 auf 76. Innenminister Heribert Rech (CDU) führt die Entwicklung auf rückläufige Rechts-links-Auseinandersetzungen zurück.

25.03.2008 <http://www.ka-news.de/karlsruhe/news.php4?show=de2008322-3306J>

Besorgt über Entwicklung - Spontandemo gegen "Vormarsch der NPD"

Karlsruhe - Am vergangenen Samstagmittag haben nach Angaben des Veranstalters etwa 60 Menschen, überwiegend Angehörige der Autonomen Antifa Karlsruhe in der Innenstadt gegen die, wie es in einer Mitteilung an die Medien hieß, verstärkten Aktivitäten der NPD in Karlsruhe demonstriert. Anlass waren die kürzlich öffentlich gewordenen Pläne der NPD in einem zentralen, ehemaligen Hotelgebäude in Karlsruhe ein nationales Schulungs- und Kulturzentrum errichten zu wollen (ka-news berichtete).

In den verteilten Flugblättern warnten sie aber nicht nur vor den Folgen des angestrebten Hotelkaufs, sondern wiesen insbesondere auf das verstärkte Auftreten der NPD in Karlsruhe und Region hin. Seit Mitte 2006 versuche die Partei demnach im Stadt- und Landkreis Karlsruhe Strukturen aufzubauen, um im bürgerlichen Anstrich rechtsextreme Positionen in die Gesellschaft zu transportieren.

Die Demonstranten wollten die aus ihrer Sicht "zunehmende Etablierung der NPD" in der Region in die Öffentlichkeit tragen. Sie forderten Stadt und Öffentlichkeit auf, sich dauerhaft und konsequent gegen die Aktivitäten der Partei zu stellen, sie zumindest aber öffentlich zu machen und nicht länger totzuschweigen. Nur so sei es möglich, den Aufbau von Strukturen der NPD zu verhindern.

NPD versucht sich verstärkt in der Region zu etablieren

Mitte Februar kündigte die NPD Karlsruhe im Zuge der Kommunalwahlen im kommenden Jahr eine "Informationsoffensive 2008" an, die monatliche Treffen in Bruchsal, Karlsruhe und Pforzheim, Vorträge sowie Flugblattverteilaktionen beinhalten soll. Schon Anfang März war der Raum Karlsruhe Anziehungspunkt für Neonazis aus ganz Baden-Württemberg, als dort der Landeskongress der NPD-Jugendorganisation JN stattfand.

Tobias Jahnke, Sprecher der Autonomen Antifa Karlsruhe beobachtet die Entwicklung der NPD Karlsruhe seit einiger Zeit mit Sorge und fordert zu entschlossenem Handeln gegen die Umtriebe der NPD auf. "Die NPD versucht sich mit zunehmender Intensität in der Region zu etablieren. Diesen Plänen muss jetzt auf verschiedenen Ebenen entgegengetreten werden. Sind die Strukturen erst einmal aufgebaut, sind sie nur schwer wieder aufzubrechen."

Totschweigen hilft nur den Neonazis

Jahnke warnt vor der häufig angewendeten Politik des Totschweigens: "Rechtsextreme Umtriebe vertuschen zu wollen, hilft allein den Neonazis. Die so gewonnene Ruhe nutzen sie um vor allem Jugendliche unverbindlich anzusprechen, sie mit rechtsextremer Propaganda in Berührung zu bringen und bei Treffen und Vorträgen zu formen." Beispielhaft nennt er den Landesjugendkongress der JN Anfang März, der von der Öffentlichkeit weitgehend unbehelligt in einer Sporthalle im Raum Karlsruhe stattfinden konnte. "Dort feierte die Partei sich selbst als 'Kampfgemeinschaft' und die vermeintliche Grenze zwischen Parteifunktionär und gewalttätigem Neonazi verschwimmt vollends. Nicht von ungefähr trifft sich die JN Karlsruhe seit diesem Monat zu einem monatlichen "Kameradschaftsabend" in Karlsruhe."

Die Spontandemonstration war für Jahnke nur ein Schritt, die rechtsextremen Umtriebe öffentlich zu machen. Am 1. April möchte die Autonome Antifa Karlsruhe in einem Vortrag über die Aktivitäten und Strukturen der NPD in Karlsruhe informieren. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr in der Planwirtschaft am Werderplatz. (de)

26.03.2008

www.karlsruhe.de/stadt/aktuell/nachrichten2008/badener_strasse.de?backUrl=http://karlsruhede.de/index.html

Stadt wird mit allen rechtlichen Mitteln NPD als Mieter der Badener Straße 34 verhindern

(26.03.2008) Die Stadt Karlsruhe wird "mit allen rechtlichen Mitteln dagegen vorgehen", dass das Gebäude in der Badener Straße 34 an die NPD vermietet wird. In einem Schreiben vom 20. März hat Oberbürgermeister Heinz Fenrich den neuen Eigentümern durch deren tschechische Anwaltskanzlei unmissverständlich mitgeteilt, dass die Stadt Karlsruhe eine Nutzung der Immobilie durch die NPD ausnahmslos ablehnt.

Der tschechische Anwalt der neuen Eigentümer hatte der Stadt Karlsruhe mit Schreiben vom 13. März –

Eingang bei der Stadtverwaltung am 17. März – zwei Mietinteressenten für die Durlacher Immobilie genannt: die NPD, die nach den Angaben des Anwalts das Gebäude als Wohn- und Gästehaus für Parteimitglieder nutzen und weitere Nutzungen, wie Parteibüro und Nationales Zentrum mit geschichtlichen Ausstellungen, kleineren kulturellen Veranstaltungen und Kaderschulungen, prüfen wolle. Als zweite potenzielle Mieterin wurde die ehemalige Eigentümerin angeführt. Dazu weist das Stadtoberhaupt in dem Schreiben darauf hin, dass der Voreigentümer die Immobilie "baurechtswidrig als Bordell genutzt" habe. Eine entsprechende Nutzungsuntersagung sei nach "obergerichtlicher Prüfung letztendlich bestandskräftig" geworden. "Wir sind fest entschlossen, weder die NPD als Nutzerin im besagten Gebäude zu dulden, noch sonstigen baurechtswidrigen Nutzungen, etwa als Bordell, tatenlos zuzusehen", bekräftigt Oberbürgermeister Fenrich die Haltung der Stadt und kündigt an, "alle juristischen Möglichkeiten, vor allem in Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, zu nutzen."

26.03.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1308843

Aufruf gegen NPD-Treffen - Bündnis macht Krach

Das Bündnis "**Wiesbaden gegen Rechts**" ruft zur Demonstration gegen eine NPD-Versammlung auf. Am Samstag, 29. März, lädt der Kreisverband Wiesbaden ab 18.30 Uhr zur Versammlung in das Bürgerhaus Kostheim, Winterstr. 20, ein. Da die NPD keine verbotene Partei ist, hat sie das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Das kürzlich gegründete Wiesbadener Bündnis gegen Rechts, dem Vereine, Organisationen und Parteien angehören, will die Versammlung verhindern. Teilnehmer sollen "alles mitbringen, was Krach macht". Das Bündnis will ab 17 Uhr der "neofaschistischen NPD zeigen, dass für Nazis in dieser Stadt kein Platz ist". Nach Angaben der NPD wird der ehemalige Vizevorsitzende der rechtsextremen "Republikaner", Björn Clemens, zum Thema "Die Unvereinbarkeit von multikulturellen Zuständen und rechtlicher Ordnung" sprechen. Byb

27.03.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1309473

Absage für NPD-Treffen - Stadt zieht Genehmigung für Bürgerhaus zurück

Die NPD darf am kommenden Samstag nicht ins Bürgerhaus Kostheim. Dezernent Arno Goßmann (SPD) hat die Genehmigung gestern zurückgezogen. Er beruft sich auf Flugblätter und Internetveröffentlichungen der NPD, wonach es sich um eine öffentliche Saalveranstaltung handele. In dem gemieteten Clubraum hätten aber nur 60 Personen Platz. Es bestünden deshalb "dringende Bedenken", dass Sicherheit gewährt und Auflagen eingehalten werden können.

"Wir mussten davon ausgehen, dass es zu erheblichen Störungen des Umfeldes kommt", so Gossmann. Eine Ausweichmöglichkeit innerhalb des Bürgerhauses gebe es nicht. Der Saal sei anderweitig vergeben, außerdem seien Störungen zu erwarten. So hat das Bündnis gegen Rechts eine Demonstration angekündigt. **off**

27.03.2008 www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1301&Itemid=242

Karlsruhe: Oberbürgermeister will NPD-Bildungszentrum verhindern

Oberbürgermeister Heinz Fenrich will mit rechtlichen Mitteln verhindern, dass in Karlsruhe ein Bildungszentrum der NPD entsteht.

"Wir sind fest entschlossen, weder die NPD als Nutzerin im besagten Gebäude zu dulden, noch sonstigen baurechtswidrigen Nutzungen, etwa als Bordell, tatenlos zuzusehen." Die Rechtsextreme Partei möchte ein Gebäude anmieten, das zuvor als Bordell gedient hatte. Die NPD will es als Parteibüro und Schulungszentrum nutzen. Es gibt aber keinen Interessenten, so dass die Stadt das Haus kaufen müsste, um die Aussagen des Oberbürgermeisters zu erfüllen.

29.03.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1310694

Verwaltungsrichter erlauben NPD-Versammlung

Verbot der Stadt aufgehoben / Bündnis gegen Rechts ruft für heute zur Demo gegen "Nazis" auf

Die NPD darf sich doch am heutigen Samstag ab 18.30 Uhr im Bürgerhaus Kostheim versammeln. Das Wiesbadener Verwaltungsgericht hat ein Verbot der Stadt aufgehoben und das Treffen erlaubt. Die Stadt hat gegen diesen Beschluss zwar postwendend beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde eingelegt, ist damit jedoch am Freitag nach Auskunft eines VGH-Sprechers gescheitert.

Vor sechs Monaten hatte die Stadt das NPD-Treffen im kleinen Saal des Bürgerhauses in Kostheim genehmigt, weil es sich um eine geschlossene Veranstaltung gehandelt hatte. Nach Flugblättern und Internetveröffentlichungen aber kam Sozialdezernent Arno Goßmann (SPD) zu dem Schluss, dass es sich

um eine "öffentliche Saalveranstaltung" handele. In dem Clubraum haben aber nur 60 Personen Platz. Aus Angst vor einem Massenaufmarsch widerrief er die Genehmigung.

Die Verwaltungsrichter beider Instanzen hingegen sagen, dass die NPD überzählige Gäste abzuweisen habe. "Bei der letzten NPD-Versammlung sind nur vier Teilnehmer gekommen", so die Sprecherin des Wiesbadener Verwaltungsgerichts, Patricia Evers. Außerdem sei die NPD keine verbotene Partei und genieße das Recht auf Versammlungsfreiheit.

In den großen Saal des Bürgerhauses kann die NPD nicht ausweichen. Den Raum hatte das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts gemietet, um das NPD-Treffen zu stören und eine Demonstration geplant. Das Bündnis will ab 17 Uhr der "neofaschistischen NPD zeigen, dass für Nazis in dieser Stadt kein Platz ist". **Byb**

31.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3221400

"Wir wollen stören, nicht zerstören"

Bündnis gegen Rechts protestierte gegen NPD-Veranstaltung im Bürgerhaus



Absperrungen stellte die Polizei vor dem Bürgerhaus auf, damit die Szenerie nicht aus dem Ruder lief. hbz/Henkel

Mehr als 200 Menschen protestierten am Samstag gegen eine Veranstaltung der NPD im Kostheimer Bürgerhaus. Während drinnen über Völkisches geschwätzt wurde, riefen die Demonstrierenden "Nazis raus". Aufgerufen zu dem Protest hatte das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts. Von Wolfgang Wenzel

Bei einer Kundgebung übten Redner Kritik an einer Linie des Totschweigens der NPD im Stadtgebiet. Versucht werde, das Problem durch Lavieren zu beherrschen, sagte Professor Karl-Heinz Schneider vom Aktiven Museum Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte. Durch Verschweigen aber könne man die NPD nicht zum Verschwinden bringen. Der Hetze müsse man massiv entgegenreten, sagte Georg Habs vom Bündnis gegen Rechts. Die Rechtsradikalen würden nicht automatisch stärker. Kostheim Doch man müsse ihnen Misserfolge bereiten, um sie klein und hässlich zu machen. "Lassen wir ihren menschenverachtenden Wahn hässlich erscheinen", fügte er an.

Manuela Schon, Sprecherin des Bündnisses, erinnerte daran, dass die Rechte bei den Wahlen an Stimmen gewonnen habe. In Kastel und Kostheim gebe es Wahlbezirke, in denen sie über zehn Prozent erzielt hätten. Die NPD schicke sich offenbar an, die Rolle zu übernehmen, die früher die Republikaner gespielt hätten.

Das Bürgerhaus hatte die NPD doch noch bekommen, nachdem eine Beschwerde der Stadt gegen einen Beschluss des Wiesbadener Verwaltungsgerichts auch vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel wirkungslos geblieben war. "Diesen Triumph werden sie sich nicht nehmen lassen", sagte der der Kostheimer Sozialdemokrat Jürgen Kreitmann, der sich zusammen mit einigen SPD-Mitgliedern dem Protest angeschlossen hatte.

Referent bei der NPD-Veranstaltung war der in Heimatkluft gekleidete Jurist Björn Clemens, der als früherer stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner vorgestellt wurde. Rund 70 Teilnehmer waren gekommen, kaum jemand älter als 30, darunter viele junge Frauen, die Clemens Erkenntnissen über eine angebliche "Unvereinbarkeit von multikulturellen Zuständen und rechtlicher Ordnung" folgten.

Angereist kamen die NPD-Leute eine Stunde nach der Kundgebung mit dem Bus, am Bürgerhaus wurden sie von der Polizei in Empfang genommen und zum Clubraum begleitet. Den großen Saal hatte die Stadt an das Bündnis gegen Rechts vergeben. Als Protestierende in großer Zahl massiv mit den Fäusten auf die dünne Trennwand zum Clubraum einhämmerten, in dem die NPD saß, und mit den Füßen auf dem Parkett einen Höllenlärm veranstaltete, schritt die mit einem großen Aufgebot gekommene Polizei ein. Beamte mit Schutzhelmen rückten vor. Nervosität lag in der Luft, als Michael Wilk vom Bündnis den Rückzug der Beamten forderte: "Das ist ein genehmigte Veranstaltung." Nachdem Bündnis-Sprecher Georg Habs versichert hatte, "wir wollen stören, nicht zerstören", entspannte sich die Situation. Die NPD beschloss daraufhin, ihre Veranstaltung vom Clubraum in das leer stehende Restaurant zu verlegen, um das Schwadronieren des Referenten gegen Ausländer, Alliierte und zersiedelte Räume sowie über die Schönheit von blonden Haaren entgegenzunehmen.

Beamte des Polizeipräsidiums und der Bereitschaftspolizei brachten die Protestierenden und die Angehörigen des NPD-Kreisverbands Wiesbaden/Rheingau-Taunus durch getrennte Zugänge und separate Türen auf Distanz. Der Einsatzleiter pendelte zwischen beiden Veranstaltern hin und her, um die Situation unter Kontrolle zu behalten. Über Zwischenfälle wurde gestern auf Nachfrage beim Polizeiführer vom Dienst nichts bekannt.

31.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3220117

Lautstarker Protest gegen Neonazis

Demonstranten des Wiesbadener Bündnisses gegen Rechts trommeln auf Bürgerhauswand KOSTHEIM Mehr als 200 Menschen haben am Samstag gegen eine Veranstaltung des NPD-Kreisverbandes im Bürgerhaus protestiert. Während drinnen über Völkisches geschwätzt wurde, riefen die Demonstrierenden "Nazis raus".

Von Wolfgang Wenzel

Aufgerufen zu dem Protest hatte das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts. Bei einer Kundgebung übten Redner Kritik an einer Linie des Totschweigens der NPD im Stadtgebiet. Versucht werde, das Problem durch Lavieren zu beherrschen, sagte Professor Karl-Heinz Schneider vom aktiven Museum Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte. Durch Verschweigen aber könne man die NPD nicht zum Verschwinden bringen. Der Hetze müsse man massiv entgegenzutreten, sagte Georg Habs vom Bündnis gegen Rechts. Die Rechtsradikalen würden nicht automatisch stärker. Doch man müsse ihnen Misserfolge bereiten, um sie klein und hässlich zu machen. "Lassen wir ihren menschenverachtenden Wahn hässlich erscheinen", fügte er an.

Manuela Schon erinnerte daran, dass die Rechte bei den Wahlen an Stimmen gewonnen habe. In Kastel und Kostheim gebe es Wahlbezirke, in denen sie über zehn Prozent erzielt hätten. Die NPD schicke sich offenbar an, die Rolle zu übernehmen, die früher die Republikaner gespielt hätten.

Das Bürgerhaus hatte die NPD doch noch bekommen, nachdem eine Beschwerde der Stadt gegen einen Beschluss des Wiesbadener Verwaltungsgerichts auch vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel wirkungslos geblieben war. "Diesen Triumph werden sie sich nicht nehmen lassen", sagte der der Kostheimer Sozialdemokrat Jürgen Kreitmann, der sich zusammen mit einigen SPD-Mitgliedern dem Protest angeschlossen hatte.

Referent bei der NPD-Veranstaltung war der in Heimatkluft gekleidete Jurist Björn Clemens, der als früherer stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner vorgestellt wurde. Rund 70 Teilnehmer waren gekommen, kaum jemand älter als 30, darunter viele junge Frauen, die Clemens' Erkenntnissen über eine angebliche "Unvereinbarkeit von multikulturellen Zuständen und rechtlicher Ordnung" folgten. Angereist kamen die NPD-Leute eine Stunde nach der Kundgebung mit dem Bus, am Bürgerhaus wurden sie von der Polizei in Empfang genommen und zum Clubraum begleitet. Den großen Saal hatte die Stadt an das Bündnis gegen Rechts vergeben. Als Protestierende in großer Zahl massiv mit den Fäusten auf die dünne Trennwand zum Clubraum einhämmerten, in dem die NPD saß, und mit den Füßen auf dem Parkett einen Höllenlärm veranstaltete, schritt die mit einem großen Aufgebot gekommene Polizei ein. Beamte mit Schutzhelmen rückten vor. Nervosität lag in der Luft, als Dr. Michael Wilk vom Bündnis den Rückzug der Beamten forderte: "Das ist ein genehmigte Veranstaltung." Nachdem Bündnis-Sprecher Georg Habs versichert hatte, "wir wollen stören, nicht zerstören", entspannte sich die Situation. Die NPD verlegte ihre Veranstaltung daraufhin vom Clubraum in das leer stehende Restaurant, um das Schwadronieren des Referenten gegen Ausländer, Alliierte und zersiedelte Räume sowie über die Schönheit von blonden Haaren entgegenzunehmen.

Beamte des Polizeipräsidiums und der Bereitschaftspolizei brachten die Protestierenden und die Angehörigen des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden/Rheingau-Taunus auf getrennten Zugängen und separaten Türen auf Distanz. Der Einsatzleiter pendelte zwischen beiden Veranstaltern hin und her, um die Situation unter Kontrolle zu behalten. Über Zwischenfälle wurde gestern auf Nachfrage beim Polizeiführer vom Dienst nichts bekannt.

31.03.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3220670

Bündnis protestiert gegen NPD

Rund 70 Rechtsextremisten bei Veranstaltung im Kostheimer Bürgerhaus



Rund 200 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung gegen die NPD. Foto: hbz/Jörg Henkel

Mehr als 200 Menschen protestierten am Samstag gegen eine Veranstaltung der NPD im Kostheimer Bürgerhaus. "Nazis raus" riefen die Demonstrierenden. Aufgerufen zu dem Protest hatte das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts.

Von Wolfgang Wenzel

Bei einer Kundgebung des Bündnisses übten Redner Kritik an einer "Linie des Totschweigens der NPD" im Stadtgebiet. Versucht werde, das Problem durch Lavieren zu beherrschen, sagte Professor Karl-Heinz Schneider vom Aktiven Museum Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte. Durch Verschweigen aber könne man die NPD nicht zum Verschwinden bringen.

Der Hetze müsse man massiv entgegenzutreten, sagte Georg Habs vom Bündnis gegen Rechts. Die Rechtsradikalen würden nicht automatisch stärker. Doch man müsse ihnen Misserfolge bereiten, um sie

klein zu machen und zu halten. "Lassen wir ihren menschenverachtenden Wahn hässlich erscheinen", fügte er an.

Manuela Schon erinnerte daran, dass die Rechte bei den Wahlen an Stimmen gewonnen habe. In Kastel und Kostheim gebe es Wahlbezirke, in denen sie über zehn Prozent erzielt hätten. Die NPD schicke sich offenbar an, die Rolle zu übernehmen, die früher die Republikaner gespielt hätten.

Das Bürgerhaus hatte die NPD doch noch bekommen, nachdem eine Beschwerde der Stadt gegen einen Beschluss des Wiesbadener Verwaltungsgerichts auch vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel wirkungslos geblieben war.

"Diesen Triumph werden sie sich nicht nehmen lassen", sagte der der Kostheimer Sozialdemokrat Jürgen Kreitmann, der sich zusammen mit einigen SPD-Mitgliedern dem Protest angeschlossen hatte.

Referent bei der NPD-Veranstaltung war der in Heimatkluft gekleidete Jurist Björn Clemens, der als früherer stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner vorgestellt wurde. Rund 70 Teilnehmer waren gekommen, kaum jemand älter als 30, darunter viele junge Frauen, die Clemens' Erkenntnissen über eine angebliche "Unvereinbarkeit von multikulturellen Zuständen und rechtlicher Ordnung" zuhörten.

Angespannte Situation

Angereist kamen die NPD-Leute eine Stunde nach der Kundgebung mit dem Bus, am Bürgerhaus wurden sie von der Polizei in Empfang genommen und zum Clubraum geleitet. Den großen Saal hatte die Stadt an das Bündnis gegen Rechts vergeben.

Als Protestierende in großer Zahl massiv mit den Fäusten auf die dünne Trennwand zum Clubraum einhämmerten, in dem die NPD saß, und mit den Füßen auf dem Parkett einen Höllenlärm veranstaltete, schritt die mit einem großen Aufgebot gekommene Polizei ein. Beamte mit Schutzhelmen rückten vor. Nervosität lag in der Luft, als Dr. Michael Wilk vom Bündnis den Rückzug der Beamten erklärte: "Das ist eine genehmigte Veranstaltung."

Nachdem Bündnis-Sprecher Georg Habs versichert hatte, "wir wollen stören, nicht zerstören", entspannte sich die Situation. Die NPD verlegte ihre Veranstaltung daraufhin vom Clubraum in das leerstehende Restaurant.

Beamte des Wiesbadener Polizeipräsidiums und der Bereitschaftspolizei brachten die Protestierenden und die Angehörigen des NPD-Kreisverbands Wiesbaden/Rheingau-Taunus schließlich auf getrennten Zugängen und separaten Türen auf Distanz. Der Einsatzleiter pendelte zwischen beiden Veranstaltern hin und her, um die Situation unter Kontrolle zu behalten.

Über weitere Zwischenfälle wurde gestern auf Nachfrage beim Polizeiführer vom Dienst nichts bekannt.

31.03.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1311351

200 demonstrieren gegen Rechts

Bündnis wertet Protest vorm Bürgerhaus als Erfolg / Kritik an Polizei

VON ANJA KOCH

Rund 200 Aktivisten haben sich am Samstagnachmittag vor dem Bürgerhaus in Kostheim postiert - mit einem Ziel: die Versammlung der rechtsextremen NPD zu stören. "Bringt alles mit, was Krach macht", hatte das Bündnis gegen Rechts die Demonstranten aufgerufen.

In einem Raum gleich neben der Versammlung der NPD trafen sich die Gegner. Nur durch eine dünne Wand von der Versammlung getrennt, machten sie mit Trillerpfeifen so viel Lärm, dass die NPD schließlich darum bat, in eine Gaststätte umziehen zu dürfen - was die Polizei ihr schließlich gewährte. Bis kurz nach 21 Uhr dauerte die NPD-Versammlung, bei der es nach Angaben des Bündnisses vor allem um die "Unvereinbarkeit einer Vermischung der Rassen" ging.

Rund 80 Anhänger waren laut Polizei zur Rede des ehemaligen Vizevorsitzenden der sogenannten Republikaner gekommen. Viele "bekannte Gesichter" wären dabei gewesen, hieß es vom Bündnis gegen Rechts, vor allem junge Leute aus den freien Kameradschaften Wiesbaden und Mainz.

Nach Versammlungsende wurden die NPD-Anhänger "zum Linienbus geleitet", wie es von der Polizei heißt. Das Bündnis gegen Rechts hingegen wirft den Beamten vor, eigens für die Rechtsextremen einen Bus organisiert zu haben: "Laut Fahrplan wäre um diese Uhrzeit kein regulärer Linienbus gefahren, im Bus saß außer den NPD-Anhängern kein anderer Fahrgast. Wir werden demnächst eine Anfrage dazu starten", sagte Manuela Schon vom Bündnis gegen Rechts.

Insgesamt aber zeigte sich das Bündnis zufrieden mit dem Protest gegen Rechts: "Die Gegenmobilisierung war ein voller Erfolg, wir haben der rechtsradikalen Hetze Einhalt geboten", so Manuela Schon. Auch die Polizei hatte nichts Negatives zu vermelden: "Alles lief sehr friedlich ab, es gab keine Auseinandersetzungen oder Zwischenfälle", hieß es bei der Wiesbadener Polizei.

01.04.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3221729

Bündnis-Protest gegen NPD - Rechtsextremisten bei Veranstaltung in Kostheim Von Wolfgang Wenzel

KOSTHEIM Mehr als 200 Menschen protestierten am Samstag gegen eine Veranstaltung der NPD im Kostheimer Bürgerhaus. "Nazis raus" riefen die Demonstrierenden. Aufgerufen zu dem Protest hatte das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts.

Bei einer Kundgebung des Bündnisses übten Redner Kritik an einer "Linie des Totschweigens der NPD" im Stadtgebiet. Versucht werde, das Problem durch Lavieren zu beherrschen, sagte Professor Karl-Heinz Schneider vom Aktiven Museum Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte. Durch Verschweigen aber könne man die NPD nicht zum Verschwinden bringen.

Der Hetze müsse man massiv entgegenzutreten, sagte Georg Habs vom Bündnis gegen Rechts. Die Rechtsradikalen würden nicht automatisch stärker. Doch man müsse ihnen Misserfolge bereiten, um sie klein zu machen und zu halten. "Lassen wir ihren menschenverachtenden Wahn hässlich erscheinen", fügte er an.

Manuela Schon erinnerte daran, dass die Rechte bei den Wahlen an Stimmen gewonnen habe. In Kastel und Kostheim gebe es Wahlbezirke, in denen sie über zehn Prozent erzielt hätten. Die NPD schicke sich offenbar an, die Rolle zu übernehmen, die früher die Republikaner gespielt hätten.

Das Bürgerhaus hatte die NPD doch noch bekommen, nachdem eine Beschwerde der Stadt gegen einen Beschluss des Wiesbadener Verwaltungsgerichts auch vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel wirkungslos geblieben war.

"Diesen Triumph werden sie sich nicht nehmen lassen", sagte der Kostheimer Sozialdemokrat Jürgen Kreitmann, der sich zusammen mit einigen SPD-Mitgliedern dem Protest angeschlossen hatte.

Referent bei der NPD-Veranstaltung war der in Heimatkluft gekleidete Jurist Björn Clemens, der als früherer stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner vorgestellt wurde. Rund 70 Teilnehmer waren gekommen, kaum jemand älter als 30, darunter viele junge Frauen, die Clemens' Erkenntnissen über eine angebliche "Unvereinbarkeit von multikulturellen Zuständen und rechtlicher Ordnung" zuhörten.

Angereist kamen die NPD-Leute eine Stunde nach der Kundgebung mit dem Bus, am Bürgerhaus wurden sie von der Polizei in Empfang genommen und zum Clubraum geleitet. Den großen Saal hatte die Stadt an das Bündnis gegen Rechts vergeben.

Als Protestierende in großer Zahl massiv mit den Fäusten auf die dünne Trennwand zum Clubraum einhämmerten, in dem die NPD saß, und mit den Füßen auf dem Parkett einen Höllenlärm veranstaltete, schritt die mit einem großen Aufgebot gekommene Polizei ein. Beamte mit Schutzhelmen rückten vor. Nervosität lag in der Luft, als Dr. Michael Wilk vom Bündnis den Rückzug der Beamten erklärte: "Das ist eine genehmigte Veranstaltung."

Nachdem Bündnis-Sprecher Georg Habs versichert hatte, "wir wollen stören, nicht zerstören", entspannte sich die Situation. Die NPD verlegte ihre Veranstaltung daraufhin vom Clubraum in das leerstehende Restaurant.

Beamte des Wiesbadener Polizeipräsidiums und der Bereitschaftspolizei brachten die Protestierenden und die Angehörigen des NPD-Kreisverbands Wiesbaden/Rheingau-Taunus schließlich auf getrennten Zugängen und separaten Türen auf Distanz. Der Einsatzleiter pendelte zwischen beiden Veranstaltern hin und her, um die Situation unter Kontrolle zu behalten.

01.04.2008 <http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/647252536.html>

Mehr Projektanträge als verfügbare Mittel

Bad Dürkheim. Das Bundesfamilienministerium hat dem Landkreis Bad Dürkheim im zweiten Jahr in Folge 100 000 Euro für eine Aktionsreihe gegen Rechtsextremismus bewilligt. Sie ist Bestandteil des Programms "Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie", an der bundesweit 90 Kommunen teilnehmen. Bad Dürkheim ist die einzige in der Metropolregion....

02.04.2008 <http://www.die-topnews.de/minister-rech-wehrt-sich-gegen-spd-vorwuerfe-in-npd-debatte-35931>

Minister Rech wehrt sich gegen SPD-Vorwürfe in NPD-Debatte



Der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech (CDU) wehrt sich gegen Vorwürfe aus Reihen der SPD, die Mitarbeit an einem neuen NPD-Verbotsverfahren gezielt zu verweigern. Der NPD-Landesverband tritt in Baden-Württemberg «sehr passiv» auf und lässt «keine eigenen Verbotsgründe» erkennen, teilte Rech am Mittwoch in Stuttgart mit. Baden-Württemberg habe sich deshalb nicht an der Materialsammlung des Bundesinnenministeriums zur NPD beteiligen können.

Rech sagte, dass er aber ein neues NPD-Verbotsverfahren ablehnt. Hierfür müssten die V-Leute aber abgezogen werden. Dann gebe es keinen Einblick in das Innenleben der NPD, «den wir aber brauchen».

Rech fügte hinzu, erfolglose Parteiverbotsverfahren würden hier nicht helfen. Die NPD müsse von der Politik bekämpft werden. Unbedingt müssen junge Menschen - wie es in Baden-Württemberg geschehe - dringend über den

Rechtsextremismus und seine Gefahren aufklären, «damit sie den braunen Rattenfängern erst gar nicht auf den Leim gehen».

Die SPD-Fraktion aus Baden-Württemberg warf dem Minister zuvor eine «bedenkliche Untätigkeit» vor. Auch in der Bundes-SPD gab es scharfe Kritik an der Haltung der Unions-Innenminister. SPD-Fraktionschef Peter Struck sprach von einem «Skandal». (ddp)

02.04.2008 <http://www.ka-news.de/karlsruhe/news.php4?show=phf200841-548E>

Karlsruhe schlägt zurück - NPD-Zentrum vor dem Aus?

Karlsruhe - Mit einem juristischen Trick will die Stadt Karlsruhe das geplante "Nationale Zentrum" der NPD (ka-news berichtete) verhindern. Oberbürgermeister Heinz Fenrich hat den Straßenzug in Durlach, in dem sich das von der rechtsextremen Partei begehrte Gebäude befindet, per Eilentscheidung zu einem reinen Wohngebiet erklärt. Dadurch könne der Einzug der NPD auf jeden Fall verhindert werden, sagt Fenrich. In dem ehemaligen Bordell in der Badener Straße will die umstrittene rechte Partei angeblich ein Büro mit Gästehaus und Schulungsräumen errichten. (ps/phf)

02.04.2008 <http://www.ka-news.de/karlsruhe/news.php4?show=ian200842-305I>

Landesregierung "untätig" - NPD-Zentrums-Diskussion zieht weite Kreise



Heftige Kritik an der Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremisten (Foto: DDP/AFP)

Karlsruhe/Stuttgart - Die Diskussion um die Errichtung eines NPD-Zentrums in Karlsruhe beziehungsweise die Verhinderung desselben zieht nun weitere Kreise. Im Zusammenhang mit dem erneuten Versuch auf bundespolitischer Ebene, ein NPD-Verbot zu erreichen, zeige das angeblich geplante NPD-Zentrum in Karlsruhe (ka-news berichtete) einmal mehr den Handlungsbedarf. Unterdessen verweigere die Landesregierung jedoch "die Mitarbeit im Kampf gegen Rechtsextremisten in Baden-Württemberg", lautet der Vorwurf des Stuttgarter SPD-Landtags-abgeordneten Stephan Braun.

"Mit der Weigerung, dem Bundesinnenministerium Material zur Vorbereitung eines neuen Verbotsverfahrens zur Verfügung zu stellen, kapituliert die Landesregierung vor der rechtsextremen Partei und fällt dem Bundesinnenminister und dem Bundestag in den Rücken", führt Braun seine Kritik in einer Pressemitteilung aus. Landesinnenminister Heribert Rech (CDU) begründe seine Verweigerungshaltung mit dem "sehr passiven Auftreten" der NPD in Baden-Württemberg. Diese Einschätzung hält Braun für einen gefährlichen Fehler: "Die Planungen für ein Neonazizentrum in Karlsruhe widerlegen den Innenminister." Die NPD arbeite auch in Baden-Württemberg intensiv an der Verbreitung ihres extremistischen Gedankenguts.

NPD-Verbot nur unter Verzicht auf V-Leute erfolgreich



Ein NPD-Zentrum im ehemaligen Bordell in Durlach? Die Diskussion darum ist für die Landes-SPD ein Grund mehr, den zweiten Anlauf für ein NPD-Verbot zu wagen (Foto: ka-news)

Am vergangenen Montag war die Frist für die Innenminister der Bundesländer abgelaufen, dem Bundesinnenministerium Materialien für ein neues NPD-Verbotsverfahren vorzulegen. Die Initiative der SPD, ein zweites Mal ein NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anzustreben, stieß in den SPD-

regierten Ländern auf ein breites Engagement: so haben Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz eigens eine Arbeitsgruppe dafür eingerichtet. Die unionsregierten Länder - darunter Baden-Württemberg - hatten davon abgesehen, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen, beziehungsweise Material über die NPD zusammenzutragen. Das geht aus einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) hervor.



Das Bundesverfassungsgericht ließ das NPD-Verbotsverfahren 2003 wegen eingeschleuster V-Leute platzen (Foto: ka-news)

Das Bundesverfassungsgericht hatte das erste NPD-Verbotsverfahren 2003 eingestellt. Die Begründung: durch das Einschleusen von V-Leuten in den NPD-Vorständen könne nicht mehr eindeutig geklärt werden, ob die rechtsextremistischen Aktionen der NPD indirekt nicht auch durch den Verfassungsschutz mitgesteuert seien.

SPD will "parlamentarische Initiative"

Ein erneuter Versuch, die NPD per Verfassungsbeschluss zu verbieten, wäre mit einem Abzug der V-Leute aus den NPD-Vorständen verbunden. Auch hier wollen die unionsgeführten Länder offenbar nicht mitziehen. Laut FAZ-Bericht rechneten die meisten unionsregierten Länder dem Vorhaben keine Erfolgsaussichten zu: so lange sich die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts nicht ändere, werde es auch keine Bewegung in der Sache geben, sei die Einschätzung der Rechtsabteilung eines CDU-Innenministers. Die baden-württembergische SPD verlangt in ihrer heutigen Pressemitteilung nun in einer parlamentarischen Initiative Aufklärung über das "nicht nachvollziehbare Verhalten" von Innenminister Rech. (ps/ian)

02.04.2008 www.tagesschau.de

* **Karlsruhe: Eilentscheidung gegen NPD-Einzug**

Mit einem juristischen Trick geht die Stadt gegen ein geplantes Nationales Zentrum der NPD in Karlsruhe vor. Oberbürgermeister Heinz Fenrich (CDU) hat mit einer Eilentscheidung den Straßenzug, in dem das Haus steht, das die Partei mieten will, zu einem reinen Wohngebiet erklärt. [\[mehr\]](#)

02.04.2008 <http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=3304558/q7x4jy/index.html>

Karlsruhe - Eilentscheidung gegen NPD-Einzug

Mit einem juristischen Trick geht die Stadt gegen ein geplantes Nationales Zentrum der NPD in Karlsruhe vor. Oberbürgermeister Heinz Fenrich (CDU) hat mit einer Eilentscheidung den Straßenzug, in dem das Haus steht, das die Partei mieten will, zu einem reinen Wohngebiet erklärt.



Damit, so Fenrich, könne der Einzug der NPD auf jeden Fall verhindert werden. Die rechtsextreme Partei will ein Gebäude im Stadtteil Durlach mieten, in dem früher ein Bordell war. Dort soll ein Büro mit Gästehaus und Schulungsräumen eingerichtet werden. Fenrich hatte angekündigt, dass gerade in der "Residenz des Rechts" kein Aufmarschgebiet rechtsradikaler Gruppen und Organisationen entstehen soll. Gegenüber dem SWR verwies der Politiker unter anderem auf eine Resolution des Gemeinderates aus dem Jahre 2000. Darin heißt es, in Karlsruhe seien Rassisten und Neonazis unerwünscht.

Vor zwei Wochen war die Stadt vom Eigentümer des Hauses unterrichtet worden, dass es zwei Mietinteressenten gibt, die NPD und den Bordellbetreiber.

Die Absicht der NPD, in Karlsruhe ein nationales Zentrum der Partei zu errichten, ist nicht neu. Bereits 2003 kündigte die so genannte Karlsruher Kameradschaft ein solches Vorhaben an. Bis heute ist es jedoch nicht umgesetzt worden.

03.04.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3224593

"Radikale haben bei uns keine Chance"

Orts- und Verbandsgemeinde Guntersblum gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit

GUNTERSBLUM Erstmals trafen sich der Guntersblumer Gemeinderat und der Verbandsgemeinderat im Guntersblumer Rathauskeller zu einer gemeinsamen Sitzung, um Strategien im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu diskutieren. Von Jockel Kohlmann

Am Ende herrschte Einigkeit darüber, einen gemeinsamen Arbeitskreis zu gründen, der Vorschläge erarbeiten und dem Gremium dann vorlegen soll.

VG-Bürgermeister Robert Kunnen (CDU) sagte, der Schock habe in Guntersblum und der ganzen Verbandsgemeinde tief gesessen, als am 19. August des Vorjahres zwei Männer Opfer eines fremdenfeindlichen Angriffs am Rande des Kellerwegfestes geworden seien. In jenen Tagen habe Guntersblum in ganz Deutschland einen so nicht gewollten Bekanntheitsgrad erlangt. Ein Medienrummel bisher nicht gekanntes Ausmaßes habe damals eingesetzt. Wer es vor Ort nicht gewohnt gewesen sei, mit den Medien umzugehen, "der wurde in eine Ecke gedrängt, wo er nicht hingehört". Die Bürger in der Verbandsgemeinde Guntersblum seien weder fremdenfeindlich noch intolerant. Täglich werde hier das Miteinander der verschiedenen Kulturen vorgelebt. Nach den schlimmen Vorfällen müsse jedoch verstärkt dafür gesorgt werden, "dass Radikale bei uns keine Chance haben", betonte Kunnen. Den Schwerpunkt der Arbeit sieht Kunnen jetzt darin, gezielt Gruppen anzusprechen.

Mit drastischen Worten setzte sich Guntersblums Ortschef Rolf Klarner mit dem Rechtsextremismus auseinander: "Die Zähne auseinander!", rief er den Mandatsträgern zu, denn "Zivilcourage ist in dieser Sache angesagt". Der Schoß, aus dem die "Nazibrut" herauskrieche, sei immer noch fruchtbar. Jeder in der Verbandsgemeinde müsse wachsam sein und dürfe nicht zulassen, dass die demokratische Grundordnung beschädigt werde. Klarner regte an, alle 350 in der Verbandsgemeinde lebenden ausländischen Mitbürger

zu einem Gespräch einzuladen, um deren Sorgen und Nöte kennenzulernen. Helmut Liesenfeld, Chef der Leitstelle Kriminalprävention vom Mainzer Innenministerium meinte, es sei wichtig, dass vor Ort etwas getan werde. Denkbar sei etwa auch ein "Argumentationstraining gegen Stammtischparolen". Vor allem die Schulen gelte es einzubinden, und hier stellte Liesenfeld auch eine finanzielle Unterstützung des Landes in Aussicht. FWG-Chef Dr. Gerhard Stärk meinte, es solle an das Thema in Gruppen zielorientiert herangegangen werden. SPD-Sprecher Fred Trumpler plädierte dafür, den Arbeitskreis so schnell wie möglich zu gründen. CDU-Sprecher Walter Schlotte befand, dass der zu gründende Arbeitskreis ein breites Betätigungsfeld an Möglichkeiten zur Verfügung habe.

06.04.2008 [NPD fordert den polizeilichen Einsatz von Gummigeschossen gegen AntifaschistInnen](#) - **hans christoph stoodt**



Die NPD bekommt in Frankfurt am Main ohne massivsten Polizeischutz kein Bein auf den Boden. Nun fordert der Frankfurter NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs in einer Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt zu den Ereignissen des 7.7.07 indirekt den Einsatz von Gummigeschossen gegen antifaschistische DemonstrantInnen und staatliche "Anti-Linksextremismus-Programme". Schöner kann man seine eigene Angst kaum noch unter Beweis stellen.

"Wie beurteilt der Magistrat die Überlegung, gesetzliche Regelungen zu novellieren, um bei zukünftigen gewalttätigen Ausschreitungen Gummigeschosse einsetzen zu dürfen?" fragt Krebs scheinheilig-staatstragend und erhält ganz ernsthaft von Herrn Becker (CDU) zur Antwort: *"Es ist nicht Aufgabe des Magistrats diese Frage zu beurteilen"*. (Frage und Antwort 37 der NPD-Magistratsanfrage vom 14.3.). Interessant ist, was Krebs nicht fragt: kein Wort zur hermetischen Abriegelung von Rödelheim und Hausen, wodurch die NPD-Demo am 7. Juli für die Öffentlichkeit praktisch nicht stattfand. Bezeichnend, daß die NPD sich daran nicht stört.

Noch spannender die Logik von Krebs' Anfrage.

Nachdem die Polizei in den letzten Jahren in zunehmenden Maß jede Form entschlossener gewaltfreier Konfrontation mit den Nazis faktisch verunmöglicht hat, geht Krebs nun noch einen Schritt weiter und verlangt von der Polizei mehr, fordert für NPD-Demonstrationen, AntifaschistInnen mit Gummigeschossen auf Distanz zu halten. Die Hosen sind offenbar gestrichen voll.

Noch absurder aber ist Krebs Forderung nach "staatlichen Programmen gegen Linksextremisten". Wir können ihn beruhigen. Derer gibt es viele. Eines davon heißt NPD, finanziert seinen Haushalt zu über 60 Prozent aus staatlichen Zuwendungen und hat eine unbekannte Zahl von staatlichen Inlandsgeheimdienstmitarbeitern in seinen Führungsetagen - so viele, daß ein Verbot dieser verfassungswidrigen Partei nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts leider nicht möglich ist. Die NPD-DemonstrantInnen werden unter staatlichem Schutz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihren Demos gekarrt und dort, wie in Frankfurt am 7. Juli, zum Preis von 20 Millionen € vor der Wut der Bevölkerung geschützt. Wer noch kann so etwas von sich behaupten?

Die Antwort des Magistrats an Jörg Krebs wird in der [kommenden Sitzung des Ortsbeirats 7 \(Hausen, Rödelheim, Praunheim\)](#) auf der Tagesordnung stehen.

07.04.2008 www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1315454
Jörg Krebs führt die NPD - **Marcel Wöll gibt den Landesvorsitz ab**

Die rechtsextreme NPD hat den 33-jährigen Jörg Krebs zum neuen Landesvorsitzenden in Hessen gewählt. Krebs, Stadtverordneter in Frankfurt, tritt an die Stelle von Marcel Wöll (Butzbach). Dieser habe am Sonntag beim Landesparteitag "aus privaten Gründen" auf eine erneute Kandidatur für den Landesvorsitz verzichtet und seinen bisherigen Stellvertreter vorgeschlagen, teilte die Partei am Montag in Frankfurt mit. Gegen Wöll ist vor Gericht noch ein Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung anhängig.

Primär-Ziel der hessischen NPD ist nach Aussage von Krebs die Vorbereitung der Kommunalwahl 2011, bei der die Partei in möglichst vielen Kommunen vertreten sein wolle. **Dpa**

07.04.2008 <http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/tagderdeutschenarbeit/>
„Tag der deutschen Arbeit“

Kaiserslautern/Neustadt – Neonazis haben in Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße weitere Demonstrationen zum 1. Mai angemeldet.

Als Veranstalter der „Doppeldemonstration“, die vormittags in Kaiserslautern und nachmittags in Neustadt stattfinden soll, zeichnet eine „**Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit**“ mit Sitz in Viernheim verantwortlich. Unterstützt wird der Aufmarsch dem Aufruf zufolge von den NPD-Kreisverbänden Kaiserslautern, Deutsche Weinstraße und Vorderpfalz sowie von den Kameradschaften Kurpfalz und Nordpfalz. Die Bundes-NPD mobilisiert derweil am „Tag der deutschen Arbeit“ zur „bundesweiten

Demonstration“ nach Nürnberg, wo Parteichef Udo Voigt, sein Stellvertreter Sascha Roßmüller, der bayerische Landesvorsitzende Ralf Ollert sowie der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Michael Schaefer, als Redner auftreten wollen. Eine weitere 1.-Mai-Demonstration ist in Hamburg angemeldet. Dorthin dürfte es vor allem „parteilose“ Neonazis ziehen. Sprechen wird dort aber neben dem niedersächsischen Neonazi Dieter Riefling und dem Vorsitzenden der Niederländischen Volksunion, Constant Kusters, auch Jürgen Rieger, Bundesvorstandsmitglied der NPD und deren Hamburger Landesvorsitzender. (ts)

08.04.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1316034

Auftritt abgesagt - Musiker sollen Neonazis sein VON GESA COORDES

Auf Intervention des Gießener Asta ist ein Auftritt der umstrittenen Metal-Band "Irmingot" abgesagt worden, die bei einem Konzert am 19. April in Biedenkopf-Weifenbach spielen wollte. Die Gruppe zählt nach Überzeugung der Studierendenvertreter zur NS-Black-Metal-Szene. Der Sänger der aus Wetzlar kommenden Gruppe sei in der Vergangenheit durch Zeigen des Hitlergrußes und beim Verteilen von Flyern für Rudolf-Heß-Gedenkmärsche aufgefallen, berichtete Asta-Hochschulreferentin Antonia Capito. Auch das Horst-Wessel-Lied sei schon auf Konzerten der Band gesungen worden. Zudem coverte die Gruppe Lieder der NS-Black-Metal-Band "Burzum".

Angst vor "rechten Besuchern"

Dagegen betont Konzertveranstalterin Sabine Müller (Biedenkopf), dass Irmingot "gewiss nichts mit Rechtsradikalen zu tun" habe: "Wir kennen die Band seit vielen Jahren". Irmingot sei angesichts der Kritik bereit gewesen, auch unter dem Konzerttitel "Metal against NS-Metal" in Biedenkopf aufzutreten. Trotzdem habe sie sich entschlossen, die Gruppe auszuladen, weil der Druck zu groß geworden sei. Unter anderem wollte der Biedenköpfer Bürgermeister Karl-Hermann Bolldorf (CDU) den Hinweisen nachgehen: "Wenn hier rechtsradikales Gedankengut verbreitet wird, dann werden wir den Auftritt in Absprache mit der Polizei untersagen", sagte er auf Anfrage.

"Die Publicity brauchen wir hier in dem kleinen Ort nicht", erklärte Sabine Müller: "Wir haben Angst, dass dann tatsächlich rechte Besucher kommen." Stattfinden soll das in einem Landgasthof in Biedenkopf-Weifenbach geplante Konzert dennoch - aber nur mit den drei anderen Black-Metal-Bands, die aus Marburg, Hatzfeld und Bielefeld kommen.

Nach Auskunft des Gießener Asta ist Irmingot bis 2004 regelmäßig in der Region aufgetreten. Nachdem es mehrere Jahre ruhig um die Band war, gab es im März wieder ein Konzert im mittelhessischen Asslar. Dabei hätten Besucher den Hitlergruß gezeigt, berichtete Capito. "Das ist total aus der Luft gegriffen", sagt dagegen Sabine Müller.

Black Metal ist eine Spielart des Heavy Metal, die Ende der 80er Jahre in Norwegen und Schweden entstand. Dabei geht es vor allem um Bands, die Texte mit satanischen und heidnischen Elementen spielen. In Norwegen setzten einzelne Mitglieder mehrere Kirchen in Brand.

08.04.2008 [Anti-Nazi-Koordination Frankfurt a.M.](#)
[Marcel Wöll: Abgang vom hessischen NPD-Landesvorsitz. Nachfolger: Jörg Krebs](#)

hans christoph stooft

Frankfurt. NPD wählt Jörg Krebs zum neuen Landesvorsitzenden

Die rechtsextreme NPD hat den 33 Jahre alten Jörg Krebs zum neuen Landesvorsitzenden in Hessen gewählt. Krebs, der Stadtverordneter in Frankfurt ist, tritt an die Stelle von Marcel Wöll (Butzbach). Dieser habe am Sonntag beim Landesparteitag „aus privaten Gründen“ auf eine erneute Kandidatur für den Landesvorsitz verzichtet und seinen bisherigen Stellvertreter vorgeschlagen, teilte die Partei heute in Frankfurt mit. Primär-Ziel der hessischen NPD ist nach den Worten von Krebs die Vorbereitung der Kommunalwahl 2011 (!), bei der die Partei in möglichst vielen Kommunen vertreten sein wolle. Gegen Wöll ist vor Gericht noch ein Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung anhängig.

(Quelle: dpa, 7.4.2008). Die weiteren Mitglieder im NPD-Landesvorstand sind:

Stellvertreter:

Daniel Lachmann (Stadtverordneter in Büdingen, Mitglied des Wetterauer Kreistages)

Mario Matthes (bekannt aus Mainz, baut zur Zeit in Wiesbaden NPD-Strukturen auf)

Klaus Dietrich (Darmstadt, Schatzmeister der NPD-Hessen)

Beisitzer:

Daniel Knebel (Main-Kinzig-Kreis)

Jan Pebbel (Wetterau)

Stefan Jagsch (Wetterau)

David Giesler (Waldeck/Schwalm-Eder)

Martin Weiß (Hersfeld-Rothenburg)

Frank Marschner (Offenbach-Kreis)

Die zentrale Person dieses Vorstandes dürfte mittelfristig Mario Matthes werden. Von ihm kann durchaus erwartet werden, selber das Amt des Landesvorsitzenden anzustreben.

08.04.2008 <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/Holocaust-Leugner;art1117,2508959>

Urteil - Zündel-Verteidigerin vor Gericht gescheitert

Eine frühere Rechtsanwältin des Holocaust-Leugnens Ernst Zündel ist vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Die Juristin Sylvia S. muss nun ihre dreieinhalbjährige Haftstrafe antreten.

MANNHEIM - Zwei Beschwerden der Juristin Sylvia S. seien mangels Erfolgsaussichten nicht angenommen worden, berichtet der "Mannheimer Morgen" unter Berufung auf einen Gerichtssprecher vorab. Die 44-Jährige war im Januar vom Mannheimer Landgericht wegen Leugnung des Holocausts und weiterer Straftaten zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und in Haft genommen worden. Zudem verhängten die Richter ein fünfjähriges Berufsverbot gegen die Frau.

Die Anwältin hatte dagegen Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eingelegt. Sie war als Verteidigerin Zündels bundesweit bekannt geworden. Damals wurde sie wegen zahlreicher Störaktionen aus dem Prozess ausgeschlossen. Zündel war im Februar 2007 vom Mannheimer Landgericht unter anderem wegen Volksverhetzung zur höchstmöglichen Strafe von fünf Jahren verurteilt worden. (sba/ddp)

08.04.2008 <http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/fuehrungswechselinhessen/>

Führungswechsel in Hessen

Wölfersheim – Jörg Krebs (Jg. 1975), Frankfurter NPD-Stadtverordneter, ist neuer Landesvorsitzender der NPD in Hessen.

Der Schreiner Krebs, NPD-Kreisvorsitzender sowie bislang hessischer NPD-Landesvize, wurde am 6. April in Wölfersheim zum Landeschef gewählt. Er löst Marcel Wöll (Jg. 1983) ab, der seit dem 27. Mai 2006 an der Spitze der hessischen NPD stand. Unter Wölls Führung landete die NPD bei der hessischen Landtagswahl im Januar dieses Jahres bei 0,9 Prozent der Stimmen. Der mehrfach wegen Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorbestrafte Neonazi Wöll (Butzbach) wurde im August 2007 vom Amtsgericht Friedberg wegen Volksverhetzung zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Stellvertreter von Krebs wurden Daniel Lachmann (NPD-KV Wetterau), Mario Matthes (NPD-KV Wiesbaden/Rheingau-Taunus) und Klaus Dietrich (NPD-KV Darmstadt). Zu Beisitzern wurden Daniel Knebel, Jan Peppel, Stefan Jagsch, David Giesler, Martin Weiß und Frank Marschner gewählt. „Primärziel“ der hessischen NPD, so der frischgebackene Vorsitzende Krebs, sei die „Teilnahme an den Kommunalwahlen 2011 in möglichst vielen Landkreisen und kreisfreien Städten“. Krebs trat im Mai 1999 der NPD als Mitglied bei. Zuvor war er seit März 1996 DVU-Mitglied. Seit August 2000 gehört Krebs auch der neonazistischen Knasthilfeorganisation HNG an. (am)

09.04.2008 www.npd-blog.info

Hessen: Wöll nicht mehr NPD-Vorsitzender | P.G.

Die NPD in Hessen hat einen neuen Anführer gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Marcel Wöll, bekannt aus Funk und Internet, trat nach NPD-Angaben aus "persönlichen Gründen" nicht wieder an. Er habe den rund 100 Delegierten seinen Stellvertreter Jörg Krebs zur Nachfolge vorgeschlagen, hieß es. Der 33-jährige Frankfurter NPD-Stadtverordnete und langjährige Kreisvorsitzende der Nationaldemokraten am Main sei mit mehr als 80 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt worden. Die drei Stellvertreter wurden demnach der Wetterauer Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Daniel Lachmann, Mario Matthes vom Kreisverband Wiesbaden/Rheingau-Taunus - bekannt durch einen Vorfall an der Uni Mainz, sowie der alte und neue Landesschatzmeister Klaus Dietrich aus Darmstadt. Komplettiert wird der Landesvorstand laut NPD durch insgesamt sechs Beisitzer: Daniel Knebel vom Kreisverband Main-Kinzig, Jan Peppel und Stefan Jagsch vom Kreisverband Wetterau, David Giesler vom Kreisverband Waldeck/Schwalm-Eder, Martin Weiß vom Kreisverband Hersfeld-Rotenburg, sowie Frank Marschner vom Kreisverband Offenbach.

Im Folgenden benennt die NPD noch ihre Ziele für die kommenden zwei Jahre, nämlich die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2011. Die Zeit der vollmundigen Ankündigungen scheint nach dem Wahl-Desaster also erst einmal vorbei. Der bisherige NPD-Landesvorsitzende Wöll hatte in den vergangenen Monaten für zahlreiche Schlagzeilen gesorgt, doch konnte er die rechtsextreme Partei in Hessen dadurch offenbar nicht wirklich nach vorne bringen. [Unvergessen wird der Wahlwerbespot der NPD zur Landtagswahl in Hessen bleiben.](#) Leider liegt nicht mehr die erste Version vor, aber auch die aktuelle ist nicht zu verachten.

09.04.2008 <http://www.ka-news.de/karlsruhe/news.php4?show=phf200849-554H>



**Geplantes NPD-Zentrum -
Gemeinderat votiert gegen Rechtsradikale**

Der Nachtragshaushalt sorgte für Diskussionen (Foto: Fränkle)

Karlsruhe - Die rechtsradikale NPD mag ganz heiß auf das von ihr geplante "Nationale Zentrum" in Durlach sein, der Karlsruher Gemeinde-rat ist es nicht. Das stellte er bei seiner Sitzung am gestrigen Dienstag klar. Gar keine Klarheit herrscht dagegen in Sachen Wildparkstadion - wann oder ob der Umbau überhaupt kommt, bleibt völlig offen (ka-news berichtete). Auf dem Programm standen außerdem der Umbau der Nordseite des Marktplatzes und der Nachtragshaushalt 2008.

Die NPD soll ein Auge auf das ehemalige Bordell "La Belle" in Durlach geworfen haben. Wo früher Freier ein- und ausgingen, will die umstrittene Partei angeblich ein "Nationales Zentrum" schaffen. Oberbürgermeister Heinz Fenrich erklärte darauf per Eilentscheidung den betroffenen Straßenzug zu einem reinen Wohngebiet, um den Einzug der Rechtsradikalen zu verhindern (ka-news berichtete). Der Gemeinderat stimmte diesem Vorhaben gestern einstimmig zu. Zuvor hatte bereits der Durlacher Ortschaftsrat grünes Licht gegeben.

Heftiger Streit um Nachtragshaushalt

Der Gemeinderat befasste sich auch mit dem Umbau der Nordseite des Marktplatzes. Die beiden Gebäudeblöcke zwischen Lamm- und Kreuzstraße mit dem Durchgang zum Schloss in der Mitte sollen bis zum Jahr 2020 umgestaltet werden. Anlass ist der geplante Abriss des Volksbank-Gebäudes durch den Investor Newport. Dieser will dort ein modernes Haus errichten, das an die historische Bebauung der Kaiserstraße vor der Weltkriegszerstörung anknüpft. Der Gemeinderat fasste mit klarer Mehrheit den Auslegungsbeschluss für die Umgestaltung des Marktplatzes.

Nach einem heftigen Streit wurde der Nachtragshaushalt 2008 beschlossen. Die Diskussion kreiste um zwei Punkte: Sollen die städtischen Zuschüsse für ehrenamtliche Arbeit in Kultur und Sport, Bildung und Sozialem wie vor einigen Monaten vereinbart nun tatsächlich in diesem Jahr gekürzt werden? Und wie lässt sich das mit dem sechsten Dezernat vereinbaren, wodurch ein Bürgermeister mehr seinen Dienst antritt? Schließlich konnte sich eine Mehrheit aus CDU, FDP/A und KAL durchsetzen. Die Globale Minderausgabe (GMA) wird demnach für die Vereine von eigentlich vorgesehenen 2,5 auf nur noch ein Prozent gesenkt, während die anderen freiwilligen Leistungen, die die Stadt übernimmt, in diesem Jahr statt 2,5 um 2,9 Prozent gekürzt werden. (phf)

09.04.2008 http://www.echo-online.de/suedhessen/template_detail.php3?id=595534

Miltenberg/Aschaffenburg. Nazi-Schmierereien auf Wasserschutzmauer

In der bayerischen Nachbarschaft des Odenwaldkreises haben Schmierereien mit antisemitischem Inhalt Öffentlichkeit und Polizei alarmiert: Unbekannte haben laut heutiger Mitteilung des Präsidiums Unterfranken in den zurückliegenden Wochen die Hochwasserschutzmauer an der Mud besprüht. Nach einer Anzeige der Stadt Miltenberg hat die Kriminalpolizei Aschaffenburg die weiteren Ermittlungen übernommen. Der Tatort liegt am Rad-/Fußweg entlang der Mud von Miltenberg in Richtung Breitendiel. Ihre Parolen haben die Unbekannten mit schwarzer Farbe an der Mauer angebracht. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, dass die Sprayer bereits vor vier bis sechs Wochen am Werk gewesen sein müssen. jös

10.04.2008 <http://www.gelbehand.de/beitrag.html?id=6118>

"Vorsicht vor rechten Rattenfängern!": Handreichung des DGB Bildungswerk Hessen

Der Landtagswahlkampf in Hessen wurde auch von der rechtsextremen Szene genutzt. NPD und Mitglieder so genannter Kameradschaften liefen bei Veranstaltungen anderer Parteien auf, führten unverhüllt antisemitische Aufmärsche durch und versuchten politische Gegner einzuschüchtern.

Die NPD hat sich konsolidiert und ist eng mit den Kameradschaften verwachsen. Entstanden ist eine militante, dynamische und handlungsfähige Struktur, die es geschafft hat, sich lokal zu verankern und zu festigen.

Um darauf adäquat reagieren zu können und den rechten Demagogen die Stirn zu bieten, sind Informationen wichtig. Deswegen erschien im Dezember 2007 die Handreichung des DGB Bildungswerks Hessen „Vorsicht vor rechten Rattenfängern! Rechtsextreme Entwicklung, Strukturen & Strategien in Hessen“. Die Handreichung gibt einen allgemeinen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der extremen Rechten und schafft einen Einblick in die gegenwärtigen Dynamiken der Neonaziszene in Hessen. Ziel ist es zu informieren und zu sensibilisieren, um vorbereitet auf die Aktivitäten Rechtsextremer reagieren zu können.

www.dgb-bildungswerk-hessen.de

10.04.2008 <http://www.gelbehand.de/beitrag.html?id=6120>

Time Out for Racism: SchülerInnen gegen Fremdenfeindlichkeit

Die Richard-Müller-Schule aus Fulda belegte beim Wettbewerb des Kumpelvereins den dritten Platz. Im Lernfeld „Projekte im Dialogmarketing gestalten, durchführen und dokumentieren“ wollten sich die Schüler und Schülerinnen mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Integration auseinandersetzen.

Dies mündete schließlich in einem selbst getexteten Lied, T-Shirts und Buttons, mit denen gegen Rassismus Position bezogen wird.

Der Rap „Time out for racism“, bei denen die einzelnen Strophen in unterschiedlichen Sprachen gesungen bzw. gesprochen werden, nimmt die Erfahrungen der SchülerInnen unterschiedlicher Herkunft auf. Um die Aufnahmen bestmöglich zu machen, suchten sie nach einem Produzenten, der sie unterstützen sollte. Sie stellten ihm das Projekt der Gelben Hand vor, woraufhin der Produzent die Aufnahmen sponserte. Die T-Shirts richten sich mit Sprüchen wie „Integriert...?“ (Vorderseite) „...oder noch immer Ausländer?“ (Rückseite) vor allem an Jugendliche. Ebenso die Buttons mit Slogans wie „Time out for racism!“ (mit einer Stoppuhr).

Richard-Müller-Schule

Pappelweg 8

36037 Fulda

10.04.2008 http://www.morgenweb.de/region/heppenheim/20080411_srv0000002419599.html

Gericht- Angeklagter erschien nicht: Termin geplatzt

Bergstrasse. Vor dem Jugendschöffengericht sollte gestern der Prozess gegen vier junge Männer aus dem Odenwald beginnen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten im Alter zwischen 27 und 21 Jahren Gefangenbefreiung, Landfriedensbruch, Verwendung von verfassungswidrigen Kennzeichen und Widerstand gegen Vollzugsbeamte vor. Da einer der mutmaßlichen Täter, sowie drei Zeugen zum Prozessauftakt nicht erschienen, platzte die Verhandlung.

Zu dem neuen Termin am 3. Juli soll der "Schwänzer" polizeilich vorgeführt werden. Gegen die unentschuldig fehlenden Zeugen verhängte das Gericht ein Ordnungsgeld beziehungsweise vier Tage Ordnungshaft. Alle vier sollen sich zur Tatzeit Anfang 2006 im Umfeld der rechten Szene bewegt haben und unter anderem in der mittlerweile aufgelösten Kameradschaft "Nibelungensturm" aktiv gewesen sein.

Einen Festgenommenen befreit

Ort der Auseinandersetzung und des Polizeieinsatzes war eine so genannte "Mallorca-Party" in Fürth-Fahrenbach. Die Veranstalter alarmierten in den frühen Morgenstunden, kurz vor 5 Uhr, die Polizei, nachdem es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen einem deutschen und einem türkischen Gast gekommen war. Der Deutsche soll seinem Gegenüber eine volle Bierflasche auf den Kopf geschlagen haben.

Als die Streifenbeamten beiden Beteiligten die vorläufige Festnahme erklärten, soll sich eine Gruppe von acht bis zehn Männern eingemischt, die Polizisten abgedrängt und ihren Kumpel befreit haben. Während der Befreiungsaktion sollen mehrere Beteiligte Nazi-Parolen gegrölt haben. Zumindest einer der Polizeibeamten erlitt bei dem Einsatz leichtere Verletzungen. Gs

10.04.2008 http://www.echo-online.de/suedhessen/template_detail.php3?id=595756

Wachsame Lehrer

Gefahrenabwehr: Pädagogen bilden sich fort, um sich der rechten Szenen entgegenzustellen

REICHELSSHEIM. Erscheinungsformen der rechtsextremen Szene erkennen: Darum ging es bei einer Fortbildungsveranstaltung der Reichelsheimer Georg-August-Zinn-Schule. Organisiert wurde sie von Mathias Haydn, dem Pädagogischen Leiter der GAZ; als Referenten eingeladen hatte er Andreas Belz vom Bistum Mainz sowie Peter Korstian und Wilfried Rexroth von „Ikarus“, einem Projekt zum Ausstieg aus der rechten Szene.

Die Fachleute informierten über die verschiedenen Erscheinungsformen rechter Gruppierungen. Dabei wurde betont, dass man von dem Bild junger Männer mit Glatze und Springerstiefeln abrücken müsse. Die Taktik habe sich dahin gehend geändert, dass sich auch „Bürger wie du und ich ganz normal geben, um Einfluss in der Gesellschaft zu bekommen“. Angelockt würden junge Leute durch die Vermittlung von Anerkennung, Geborgenheit in der Gruppe und eine gewisse Spannung. Gerade für verhaltensauffällige Jugendliche biete die rechte Szene eine Plattform gegen die Gesellschaft. In den Vordergrund stellten die Rechten die sogenannten „guten Seiten des Reichs“, in dem „alles besser“ gewesen sei. Viele Eltern von Jugendlichen suchten bei „Ikarus“ Hilfe, wenn ihnen das Verhalten ihrer Kinder auffalle oder wenn etwa Pakete mit rechtsextremen Inhalt ins Haus geliefert würden.

Dass Jugendkultur ständig beobachtet werden müsse, war ein weiteres Anliegen der Referenten. Wichtig für die Arbeit in der Schule sei es, Jugendliche ernst zu nehmen. Inzwischen liege das Einstiegsalter bei zwölf bis 13 Jahren. Für die Kommunen existiere ein Beratungsnetzwerk, das Tipps für Strategien bei konkreten Vorfällen liefere. Vertreter der Polizei wiesen darauf hin, dass die von den jungen Rechten gebildeten „Kameradschaften“ aus Angehörigen aller gesellschaftlichen Schichten bestehen. Aus diesen eher losen Gruppen rekrutiere die NPD ihre Mitglieder. koe

10.04.2008 [Freitag, 11. April, 21 Uhr, Lokschuppen Nidda: Rock gegen Rechts](#)

Die Antifa-BI Wetterau veranstaltet, wie wir erst jetzt erfuhren, morgen abend ein "Rock gegen Rechts" - Konzert im Lokschuppen Nidda. Ankündigung der Veranstalter:

Motto: Rock gegen Rechts Vol.2 - Wir rocken die Wetterau

Diesen Freitag ab 21 Uhr steigt das 2. Rock gegen Rechts in der Ost-Wetterau im Lokschuppen in Nidda. Nachdem das erste Konzert im Januar ein voller Erfolg war - es kamen 400 Besucher - wird dieses nun wiederholt. Diesmal mit einem etwas härteren musikalischem Programm mit 4 Wetterauer Newcomer-Bands.

Neben dem Kampf gegen Rechtsextremismus (die Ost-Wetterau ist die NPD-Hochburg in Hessen) ist es den Veranstaltern auch wichtig, lokalen Bands eine Möglichkeit zu geben, mal vor einem größeren Publikum zu spielen. Damit das Konzert für jeden bezahlbar ist, wurde der Eintritt mit 3,50 Euro extra niedrig gehalten. Einlass ist um 21 Uhr und die erste halbe Stunde gibt es Sonderpreise auf Getränke.

Veranstalter ist diesmal die Antifaschistische Bildungsinitiative e.V. (Antifa-Bi).

Wie bei allen unseren Veranstaltungen haben Rechtsextremisten und Mitglieder rechtsextremer Parteien keinen Zutritt. Es spielen: Yogaflame (Hardcore), Chaise the given (Metal), Paranoia (Hardcore) und als Headliner The druncken pirates (Punkrock).

Weitere Infos gibt es unter: www.lokschuppen-nidda.de sowie www.antifa-bi.de

11.04.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3236280

"Aggression ging von uns aus" - Prozess wegen Neonazi-Attacke in Heidelberg Von Julia Ranniko

MANNHEIM/HEIDELBERG (dpa) Sie schütteten Bier auf den Kopf des Deutsch-Türken, verprügelten ihn brutal - und sprangen dann aus dem fahrenden Bus. Sechs Angeklagte im Alter von 16 bis 39 Jahren haben am Donnerstag vor dem Mannheimer Landgericht den fremdenfeindlichen Angriff in einem Linienbus bei Heidelberg teilweise gestanden. Die Staatsanwaltschaft legt ihnen schweren Raub und gefährliche Körperverletzung zur Last.

"Die Provokation ging von uns aus", räumte etwa ein

19-Jähriger ein. Das 29 Jahre alte Opfer sei "ein gefundenes Fressen" für die Gruppe gewesen. Zwei Männer allerdings wiesen dem Deutsch-Türken die Schuld an der Schlägerei zu. "Der Türke hat uns wüst angepöbelt", sagte der älteste Angeklagte. Alle sechs gehörten der rechten Szene an - zum Teil auch als Wahlkampfhelfer der rechtsextremen NPD.

Die Angeklagten tragen T-Shirt, Pullover oder Hemd, Jeans - und Fußfesseln. Einer von ihnen ist tätowiert, die früher kurz geschorenen Haare sind bei den meisten wieder gewachsen. Es ist voll im Gerichtssaal, jeder der sechs Beschuldigten sitzt mit mindestens einem Verteidiger an den langen Tischen. Der 39-Jährige lässt sich von einem Anwalt vertreten, der auch den verurteilten Rechtsextremisten Ernst Zündel verteidigt hatte.

Angesichts der Altersspanne sind die Lebensläufe der Angeklagten grundverschieden: Während die jüngeren Männer vor Gericht von Ärger mit den Eltern, Hausarrest und abgebrochenen Schullaufbahnen erzählen, berichtet der 39-Jährige, er studiere im 25. Semester Medizin und trage sich mit Heiratsgedanken. Alle jedoch tranken viel Alkohol, und alle hatten - mehr oder weniger intensiven - Kontakt zu Neonazis. Drei Angeklagte betonen, sie seien allmählich in die rechte Szene "hineingerutscht". "Haare runter, Springerstiefel an, Bomberjacke an", erklärt der 19-Jährige kurz und knapp. Das Trio will sich künftig deutlich von der rechten Szene distanzieren.

Ein 22-Jähriger jedoch berichtet freimütig von "Glatzkopf-Konzerten" und seiner Mitgliedschaft in der NPD - obwohl ihm die rechtsextreme Partei längst "zu angepasst" geworden sei. Für ihn war klar: "Wenn Wahlkämpfe waren, hat man sich Urlaub genommen." Ein 26 Jahre alter Mitangeklagter sagt einerseits, die Szene sei für ihn eine "Ersatzfamilie" gewesen, schiebt dann aber noch folgenden Satz hinterher: "Ich musste keine, political correctness` wahren." Und der älteste Angeklagte (er bezeichnet sich als "national politisch aktiv") nutzt seine Aussage prompt dafür, die Medien für ihren Umgang mit braunen Parteien zu schelten.

Einige der Männer kennen sich bereits aus der rechten Szene, andere sahen sich am Tag zum ersten Mal. Nach dem Besuch einer rechtsextremen Veranstaltung im Dezember 2007 hörten die Betrunkenen im Bus ausländerfeindliche "Rechtsrock-Musik" und sangen lauthals mit. Sie seien "in Partystimmung" gewesen, berichten sie. Mit dem einzigen Mitfahrer, dem Deutsch-Türken, sei darüber ein Streit entbrannt, der zu einer Schlägerei ausgeartet sei. Laut Anklage sollen sie ihn geschlagen und mit einem Messer bedroht haben. Das Opfer erlitt Prellungen am Kopf, an den Armen und am Rücken. Sein Handy und seine Schuhe sollen die Angreifer mitgenommen haben.

Der 29 Jahre alte Nebenkläger sei noch traumatisiert, sagte sein Anwalt am Rande des Prozesses. Gerade "Bus-Situationen" könne er nicht ertragen. Für das Verfahren sind vier Verhandlungstage bis zum 21. April (Montag) angesetzt.

11.04.2008 http://www.morgenweb.de/region/metropolregion/20080411_srv0000002421437.html

Justiz: Prozess um fremdenfeindlichen Angriff im Bus

"Wir haben Bier getrunken und provoziert" - Von unserem Redaktionsmitglied Simone Jakob

Rhein-Neckar. "Der Deutsch-Türke war ein gefundenes Fressen für uns", sagt der 19-jährige Denis R. und senkt den Blick. "Wir sind in den Bus gestiegen, haben Rechtsrocklieder gesungen, Bier getrunken und ihn mit unserem Auftreten provoziert", gibt der Heranwachsende zu. Mit fünf weiteren Beschuldigten zwischen 16 und 39 Jahren muss er sich seit gestern wegen eines fremdenfeindlichen Angriffs in einem Linienbus bei Sandhausen vor dem Heidelberger Landgericht verantworten.

Die Anklage lautet auf gemeinschaftlichen schweren Raub in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Vier der Angeklagten gestanden die ausländerfeindliche Attacke beim Prozessauftakt, zwei weisen aber dem Opfer die Schuld an der Schlägerei zu: "Der Türke hat uns wüst angepöbel", sagt der 39 Jahre alte Martin S., der in der Rhein-Neckar-Region durch zahlreiche Kandidaturen bei Bürgermeisterwahlen in Erscheinung getreten ist. In dem Verfahren steht ihm ein Anwalt zur Seite, der Ernst Zündel und die Nazi-Anwältin Sylvia Stoltz verteidigt hatte. Alle Angeklagten gehören der rechten Szene an und waren teilweise als NPD-Wahlkampfhelfer aktiv.

In Fußfesseln auf der Anklagebank

Dicht gedrängt sitzen die an den Füßen gefesselten Männer mit ihren Anwälten im Saal, der mit rund 30 Zuschauern eher leer ist. Die Sechs tragen helle Poloshirts, gestreifte Pullis und Hemden, keiner von ihnen hat kurz geschorenes Haar. Laut Staatsanwaltschaft soll die Gruppe Bier über dem Kopf des 29-jährigen Opfers ausgegossen, es verprügelt, getreten und beraubt haben. Dabei hatten die Männer - die von einer rechtsextremen Veranstaltung nach Hause fuhren - zwischen 0,2 und 2,2 Promille Alkohol im Blut. Die Anklage geht davon aus, dass sie dem türkischstämmigen Fahrgast nach der Schlägerei Handy und Schuhe abnahmen, die Notverriegelung öffneten und aus dem fahrenden Bus sprangen. "Wir hatten voll gute Laune und haben in dem Bus Party gemacht, bis einer angefangen hat, Stress zu suchen", so der Jüngste, Nico R. - er und sein Kumpel Denis seien zum ersten Mal bei einem "rechten Stammtisch" gewesen.

Lebensläufe grundverschieden

Die beiden Jüngeren - Nico R. und Denis R., die beide aus der Pfalz kommen - erzählen von ihren abgebrochenen Schulkarrieren, geschiedenen Eltern, Stubenarrest und davon, dass sie nicht viele Freunde hatten. In die Szene seien sie "hineingerutscht". "Man hat sich die Haare abrasiert, Bomberjacke und Springerstiefel angezogen und gehörte plötzlich dazu", sagt Denis R. "Ich war froh, dass ich endlich Leute gefunden hatte, mit denen ich etwas unternehmen konnte", berichtet auch der 22 Jahre alte Matthias B.. Er habe sich bei den Neonazis wohlfühlt, weil er noch nirgendwo sonst eine so enge Kameradschaft erlebt habe. "Bei den Jungs konnte man sagen was man denkt, ohne anzuecken und musste keine 'political correctness' wahren", fügt der 26-jährige Dirk L. hinzu, der sich nach seinem abgebrochenen Architekturstudium bei den neuen Freunden "geborgen" fühlte. Alle vier betonen aber, dass sie mit den "Rechten" künftig nichts mehr zu tun haben wollen.

Ganz anders gibt sich der "national politisch aktive" Martin S., der im 25. Semester Medizin studiert und sich als Mitgründer einer rechts gerichteten Vereinigung im Rhein-Neckar-Raum bezeichnet. Nebenbei rügt er in seiner Aussage die Medien für ihren Umgang mit braunen Parteien. Auch Max F. ist noch NPD-Mitglied, obwohl ihm die Partei längst "zu angepasst" geworden sei.

Der Prozess wird am Montag fortgesetzt.

11.04.2008 Hessischer Jugendring - Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände Workshop-Forum zum Thema Demokratie

Am **25.04.2008** findet um 19.00 Uhr *im Theater Sapperlot in Lorsch* das **Workshop-Forum "Deine Meinung zählt! - Jugend - stark für Demokratie"** statt. Jugendliche aus Lorsch haben Fragen wie: 'Was ist eigentlich Demokratie und was gehört dazu?' - 'Wo erfährst Du Demokratie in Deinem persönlichen Alltag?' und 'Wo liegen die Stärken und wo liegen die Schwächen einer Demokratie?' beantwortet und über ihre Erfahrungen mit Demokratie in ihrem persönlichen Alltag erzählt. Die Ergebnisse dieser Interviews werden als Auftakt bei dieser Veranstaltung präsentiert. In der anschließenden Diskussion wird das Publikum eingeladen, eigene Erfahrungen und Erwartungen zu äußern. Die Veranstaltung ist auf Anregung der 'Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße' in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Kreises Bergstraße, dem Haus am Maiberg in Heppenheim, dem Katholischen Bildungswerk Bergstraße, dem Evangelischen Dekanat Bergstraße und der Katholischen Jugendzentrale Bergstraße entstanden. Weitere Infos erhalten Interessierte unter m.goetz@haus-am-maiberg.de.

11.04.2008 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1354&Itemid=241

Sylvia Stolz bleibt im Gefängnis

Sylvia Stolz ist mit zwei Beschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Im Januar hatte sie das Landgericht Mannheim wegen der Leugnung des Holocaust und anderer Delikte zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und ein fünfjähriges Berufsverbot verhängt. Die Verteidigerin des Holocaust-Leugners Ernst Zündel sitzt bereits im Gefängnis. Ihre Beschwerden wurden wegen mangelnder Erfolgsaussichten abgelehnt, wie der „Mannheimer Morgen“ in Berufung auf einen Gerichtssprecher berichtete.

Ein Jahr zuvor hatte sie Ernst Zündel vor dem Mannheimer Landgericht vertreten. Ihr Mandant wurde wegen Volksverhetzung zu der Höchststrafe von fünf Jahren verurteilt. Damals sorgten zahlreiche Störmanöver vor Gericht für Aufsehen, die zur zweifelhaften Berühmtheit der Anwältin beitrugen. Das Gericht schloss sie vom Prozess aus. Sie hatte



eine Beschwerde mit den Worten „Heil Hitler“ unterschrieben, deren Briefkopf die Zeile „In Geschäftsführung ohne Auftrag für das Deutsche Reich“ zierte. Sie hatte behauptet, „dass der Holocaust nicht offenkundig ist.“ Stolz ist die Lebensgefährtin von Horst Mahler, der wiederholt wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocausts in Konflikt mit dem Gesetz geraten ist. In einer Video-Botschaft hatte Mahler sich für Stolz stark gemacht und das Urteil des Mannheimer Landgerichts verurteilt. Stolz arbeitet eng mit dem Anwalt Jürgen Rieger zusammen. Damit gehört sie zur führenden Riege rechter Anwälte, die dem Revisionismus anhängen.

Doris Silvester

Verwandte Artikel:

- [Jürgen Rieger wegen Volksverhetzung angeklagt](#)
- [Bahn-Chef Mehdorn als „Führer der neuen Reichsbahn“ beschimpft](#)
- [Nach „Sieg Heil“-Ruf: Geschichtsunterricht im Big-Brother-Haus](#)
- [Prozess gegen holocaustleugnende Rechtsanwältin beginnt im November](#)
- [Klagt sich NPD in Zeitung?](#)

12.04.2008 www.redok.de

Neue Heimat für Ex-Abgeordneten

Dresden/**Fulda**. **Martin Hohmann** hat eine neue politische Heimat gefunden. Der aus der CDU ausgeschlossene ehemalige Bundestagsabgeordnete ist nun Ehrenmitglied der **Wählervereinigung Arbeit, Familie, Vaterland** geworden. Diese war im Februar von dem Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche gegründet worden, der wegen der Kritik an seinen verbalen Ausfällen aus der CDU ausgetreten (index.php?option=com_content task=view id=495 Itemid=38) war. Noch im Dezember hatte Hohmann angekündigt, er wolle eine bereits eingelegte Verfassungsbeschwerde gegen seinen Ausschluss aus der CDU reaktivieren. Der Bundesgerichtshof hatte seinen wegen einer antisemitischen Rede erfolgten Parteiausschluss endgültig als rechtskräftig erklärt (index.php?option=com_content task=view id=948 Itemid=38).

Auch für den 1. Mai in diesem Jahr hat das Aktionsbüro Rhein-Neckar wieder eine Doppeldemonstration angemeldet:

Stadt	Kaiserslautern
Datum	01.05.2008
Motto	Arbeit & soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen! Gemeinsam gegen Globalisierung - Ausbeutung und Überfremdung stoppen!
Veranstalter	Freien und parteigebundenen Kräften.
Treffpunkt	Hauptbahnhof - Kaiserslautern
Uhrzeit	11.00 Uhr
Informationen	http://www.ab-rhein-neckar.de/01mai08

Stadt	Neustadt an der Weinstraße
Datum	01.05.2008
Motto	Arbeit & soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen! Gemeinsam gegen Globalisierung - Ausbeutung und Überfremdung stoppen!
Veranstalter	Freien und parteigebundenen Kräften.
Treffpunkt	Hauptbahnhof - Neustadt an der Weinstraße
Uhrzeit	15.00 Uhr
Informationen	http://www.ab-rhein-neckar.de/01mai08